

## Das 1. Jahr

### Grüne Ergebnisse in der Regierung - verhandelt, durchgesetzt, umgesetzt

Das erste Jahr der neuen türkis-grünen Regierung war ohne Zweifel stark geprägt von der weltweiten Corona-Pandemie und der darauf folgenden Wirtschafts- und Beschäftigungskrise. Trotz dieser Riesenherausforderung ist es gelungen, in der Regierungsarbeit zahlreiche grüne Akzente zu setzen, um neue Wege für Österreichs Zukunft einzuschlagen. Die Bewältigung der Umwelt- und Klimakrise ist trotz Corona dringlicher denn je.

- **So viel Klimaschutz war noch nie:** mit den Klimamilliarden aus dem Konjunkturpaket investiert die Regierung mehr Geld als je zuvor in den Klimaschutz, regionale Wirtschaft und grüne Jobs. Teil davon ist die erneuerbare Energiewende und der massive Ausbau sowie die Angebotserweiterung im Öffentlichen Verkehr. Zudem gelang der Einstieg in die Ökosoziale Steuerreform mit einer Entlastung für Offi-NutzerInnen und einem schrittweise höheren Beitrag für neuzugelassene, klimaschädliche Fahrzeuge.
- **Das soziale Sicherungspaket und die Entlastung der kleinen Einkommen.** Mit zahlreichen Maßnahmen wie der zweimaligen Erhöhung des Arbeitslosengeldes, der Erhöhung der Mindestpension auf 1.000 Euro, dem 360 Euro Kinderbonus im Rahmen der Familienbeihilfe oder der vorgezogenen Senkung des Eingangssteuersatzes von 25% auf 20% werden soziale Risiken der Corona-Pandemie verringert. Die Einbindung der Sozialpartner und eine gute Kooperation mit den NGOs feiert durch die grüne Regierungsbeteiligung eine Renaissance wie u.a. das Erfolgsmodell Kurzarbeit oder der NPO-Fonds zeigen. Alles Maßnahmen, die die SPÖ in der Koalition mit der ÖVP nie zusammengebracht hat.
- **Vom stillen Tod zur gestärkten, unabhängigen Justiz:** Durch die Erhöhung des Justizbudgets und strukturelle Maßnahmen wurde die Unabhängigkeit der Justiz gestärkt und der „stille Tode der Justiz“ (c Clemens Jabloner 2019) erfolgreich abgewendet. Mit dem Paket gegen „Hass im Netz“ bekommen Mobbingopfer ein unbürokratisches Werkzeug gegen Peiniger. So kommen Betroffene von Gewalt und Hass im Netz schneller und kostengünstig zu ihrem Recht.
- **Gezielte Hilfe für alle Sektoren in der Corona-Krise:** die Corona-Krise fordert viele Branchen und Bereiche sehr. Im Rahmen der zahlreichen Sofortmaßnahmen für betroffene Betriebe wurde ein Hilfsnetz gespannt, das sich international sehen lassen kann. Vom Härtefallfonds für Kleinstunternehmen und freie Dienstnehmer, dem Fixkostenzuschuss bis hin zu spezifischen Maßnahmen im Kunst- und Kultursektor mit rund 220 Mio. Euro für die Pandemiebewältigung. Mit dem NPO-Unterstützungsfonds haben die Grünen ein erfolgreiches, umfassendes Sicherungsinstrument für den gesamten gemeinnützigen Sektor geschaffen. Das sind Hilfsmaßnahmen gerade für jene, die sonst keine Lobby haben.
- **Humanitäre Hilfe in Krisenregionen und Klimaschutz – Wir müssen uns in Europa nicht mehr schämen - Höhere Ambition und mehr internationale Mittel Österreichs für Klimaschutz, Kooperation und humanitäre Hilfe in Krisenregionen.** Der EU-Wiederaufbaufonds im Umfang von 750 Mrd. Euro mit gemeinsamen Anleihen – 37 % davon als grüne Anleihen - schafft Investitionsimpulse in Richtung Ökologisierung und Digitalisierung. Zudem einigte sich der EU-Rat im Dezember 2020 auf ambitioniertere EU-Klimaziele bis 2030. Die Vervielfachung von Österreichs bisher beschämendem Beitrag für humanitäre Hilfe und der Ausbau der Entwicklungszusammenarbeit sowie internationaler Klimaprojekte sind eine positive Trendwende in der globalen Kooperation und Unterstützung.
- **Kunst und Kultur, Frauen, Universitäten – mehr Budget denn je.**

## Übersicht:

### **In die Zukunft investieren: so viel Geld für den Klimaschutz wie noch nie zuvor**

Das Jahr 2020 war geprägt von unserem gemeinsamen Kampf gegen die Coronakrise, gegen die Wirtschafts- und Arbeitsmarktkrise. Aber auch die Klimakrise hat keine Pause gemacht. Genau aus diesem Grund haben wir wichtige Weichenstellungen vorgenommen – und investieren so viel Geld wie nie zuvor in den Klimaschutz. Klimaschutz ist das beste Konjunkturprogramm. Klimaschutz schafft Arbeitsplätze, eine stabile Wirtschaft und eine gute Zukunft für alle.

Aus der schwierigen Pandemiesituation nehmen wir viel Geld in die Hand, um die Wirtschaft am Laufen zu halten, den Arbeitsmarkt anzukurbeln und die soziale Absicherung zu ermöglichen. Zugleich wird auch die Modernisierung der Wirtschaft eingeleitet. Wir bauen Österreich in Richtung Zukunft um. Mit dem Herausinvestieren aus der Krise betreiben wir eine Art „Öko-Keynesianismus“. Denn genau jetzt geht es darum, in die Zukunft zu investieren:

- Klimamilliarden: Im Konjunkturpaket (Juni 2020) sind über 2 Milliarden Euro für Klimaschutzinvestitionen veranschlagt, das ist ein Drittel aller investitionsorientierten Mittel. Zusätzlich dazu besteht ein weiteres Drittel (über 2 Milliarden) des Konjunkturpakets aus Maßnahmen, die zusätzliche Ökologisierungsanreize bieten, wie die Investitionsprämie oder das Kommunalinvestitionsprogramm. Der Erfolg der Investitionsprämie (Stand Ende Jänner Einreichungen für Investitionen in Klimaschutz/Ökologisierung mit einem Volumen von über 7 Mrd. Euro) ermöglicht derzeit einen regelrechten Ökologisierungsschub in über 30.000 Betrieben.
- So viel Klimaschutz wie noch nie! So kann man die Budgets 2020/21 zusammenfassen. Wenn die Entwicklung – etwa bei der Investitionsprämie – so weiterläuft, haben wir in den nächsten 2-3 Jahren sechs oder gar sieben Klimaschutzmilliarden des Bundes.
- Damit werden enorme Klimaschutz-Investitionen ermöglicht: in den Heizkesseltausch, die energische Sanierung von Gebäuden (750 Millionen Bundesmittel in den kommenden 2 Jahren) und in den Ausbau der erneuerbaren Energie in Stadt und Land. Allein die Sanierungsoffensive kann über 40.000 Arbeitsplätze sichern und schaffen.
- Einläuten der Energiewende. Das EAG (Erneuerbaren Ausbau Gesetz) wurde auf den Weg gebracht: Bereits 2030 soll Österreich mithilfe dieses Pakets 100 Prozent unseres Stroms aus erneuerbaren Energiequellen erzeugen. Das Gesetz soll nach intensiver Beteiligung zahlreicher Akteure demnächst beschlossen werden.
- Erste Etappe Ökosteuer-Reform auf Schiene: Wir schaffen Erleichterungen für die Bahn und RadfahrerInnen, zugleich werden CO<sub>2</sub>-intensive PKW bei Neuzulassung einen höheren Beitrag leisten müssen. Klimafreundlichkeit wird beim Autokauf eine maßgebliche Rolle spielen. Bestehende NOVA-Befreiungen für Pick-Ups und große VANS sowie große SUV geschlossen. Zugleich werden emissionsfreie Autos so hoch gefördert wie noch nie. Eine weitere Maßnahme ist die Senkung der Umsatzsteuer von 20 % auf 10 % auf Reparaturleistungen wie Fahrradreparaturen, Änderungsschneidereien etc. Damit wird Reparieren günstiger.
- Innovationsschub für den Klimaschutz: Plus 300 Mio € für klimarelevante Forschung. Innovation und Forschung spielen für den Klimaschutz eine besonders wichtige Rolle. Es gilt Technologien zu erfinden und zu entwickeln, die uns am Weg zur Klimaneutralität helfen. Im Zuge des Konjunkturpakets wurden zusätzlich 300 Millionen Euro für die Jahre 2020-2022 für klimarelevante Forschung in Österreich beschlossen.

## **Ein Upgrade für den Verkehr:**

- Die Regierung hat das größte Bahnausbaupaket aller Zeiten beschlossen: 17,5 Milliarden Euro für den massiven Ausbau der Schieneninfrastruktur (ÖBB Rahmenplan 2021-2026)
- Mehr Öffi-Angebot für die Menschen in Österreich – heuer werden 2,3 Millionen Kilometer zusätzliches Angebot im Regionalverkehr geschaffen. Diese entlasten insbesondere Pendlerinnen und Pendler. Die neuen Angeboten umfassen Taktschließungen & Ausbau am Abend und am Wochenende; zahlreiche, zusätzliche Verbindungen in Spitzenzeiten und Verbesserungen auch im Freizeitverkehr.
- 1-2-3-Klimaticket – ein leistbares und bequemes Ticket für ganz Österreich: Der Start der Österreichstufe ist im Jahr 2021 geplant.
- Deutliche Erhöhung der E-Auto-Förderung – in Österreich werden so viele E-Autos zugelassen wie nie zuvor: Im Dezember 2020 waren es schon über 14 Prozent der PKW-Zulassungen.
- Radwegbudget verzehnfacht – damit wird eine Radverkehrsoffensive in Ländern und Gemeinden möglich. Ein Schwerpunkt des Förderprogramms ist der Ausbau von Schnellradwegen, die den Radverkehr aus dem Stadtumland verstärken.

## **Artenvielfalt und Natur erhalten**

Die Artenvielfalt ist unsere Lebensversicherung. Eine intakte Vielfalt unserer Natur und der Kampf gegen die Klimakrise sind untrennbar miteinander verbunden. Gemeinsam sorgen sie dafür, dass auch in Zukunft auf unserem Planeten ein gutes Leben möglich ist. Dafür gibt es im nächsten Jahr erstmals einen Biodiversitätsfonds in Österreich. Mit dem Start 2021 steht gezielt Geld für Projekte zur Verfügung, die sich um den Erhalt unserer kostbaren Artenvielfalt bemühen. Zudem arbeitet wird gerade an einer Biodiversitätsstrategie für Österreich. Damit sorgen wir dafür, dass wir unsere sensible Natur erhalten.

### Tierschutzgipfel und Maßnahmen Tiertransporte

Im Zuge eines Erlasses im Frühjahr 2020 wurden durch Minister Anschober verschärfte Auflagen bei Tiertransporten erlassen. Dabei wurden Auflagen für grenzüberschreitende Transporte festgelegt. Amtstierärzte wurden angewiesen, Tiertransporte nur abzufertigen, wenn ein rascher Transport gewährleistet werden kann. Im Zuge von zwei Tierschutzgipfeln wurden weitere Maßnahmen zu Tiertransporten und zur Schweinehaltung mit Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Landwirtschaft entwickelt und erörtert. Zahlreiche Besserstellungen im Bereich Tierschutz sollen in den nächsten Schritten erfolgen.

## **Soziale Sicherheit – gut durch die Krise kommen**

Die Krise fordert alle, insbesondere untere Einkommensgruppen. Mit gezielten Corona-Hilfsmaßnahmen, parallel zu den Hilfen für Wirtschaft, Kultur, Sport, und vielen anderen Bereiche wurde ein soziales Sicherungspaket geschnürt. Dieses umfasst etwa die Erhöhung des Arbeitslosengeldes (Coronabonus für Arbeitslose für sechs Monate), die Erhöhung der Mindestpensionen auf 1.000 Euro bzw. 1.000 Euro Mindestsicherung, die Senkung der Lohnsteuer und Maßnahmen, die vor allem Frauen mit niedrigen Einkommen unterstützen.

Dabei setzt Türkis-Grün auf die Einbindung der Sozialpartner, die auch durch die GRÜNEN eine Renaissance erfahren haben. Viele Themen wurden gemeinsam angegangen und gemeinsam gelöst. Damit werden zahlreiche Herausforderungen im Einvernehmen und breitem Konsens bewältigt, etwa das erfolgreiche Kurzarbeitsmodell.

## **Das soziale Sicherungspaket:**

- Erhöhung des Arbeitslosengeldes: Erstmals seit Jahrzehnten erfolgte eine Erhöhung: Einmalzahlung 450 € im Quartal 3 und dann nochmals im Quartal 4 2020, also gesamt um 900 € für jene, die im gesamten Zeitraum arbeitslos waren. Kosten ca. € 400 Mio.
- Erhöhung der Mindestpension auf 1.000 Euro (Erhöhung Ausgleichszulage/Mindestsicherung) - Kampf gegen Altersarmut (v.a. bei Frauen)
- Steuerentlastung: Senkung des Eingangsteuersatzes von 25 % auf 20 % und Negativsteuer von EUR 100 als Erleichterung für niedrige Einkommen.
- Frühstarter\*innenbonus – Pensionserhöhung für jene, die schon im Alter zwischen 15 und 20 zu arbeiten begonnen haben, diese kommt besonders Frauen zu gute. Mit dem Frühstarterbonus erhöhen wir gleichzeitig die Pensionen von jährlich rund 60.000 Neo-PensionistInnen, die bereits frühzeitig zu arbeiten begonnen und Pensionsbeiträge geleistet haben, um bis zu 840 Euro/Jahr.
- Kinderbonus - 360 Euro für jedes Kind (COVID). Die Familienbeihilfe wurde in Form einer Einmalzahlung, dem sogenannten Kinderbonus, erhöht. Dieser wurde soll zusätzlich zur Familienbeihilfe und dem Schulstartgeld, das 100 Euro ausmacht, im September 2020 ausgezahlt.
- Erhöhung der Notstandshilfe auf das Niveau des Arbeitslosengeldes (bis Ende März 2021)
- Härtefallfonds zur sozialen Absicherung von Einpersonen-Unternehmen und Kleinstunternehmen.
- Weitere soziale Akzente in der Coronakrise: Stundung von Mieten & Krediten (verlängert bis 31.März 2021), keine Delogierung, keine Strom- und Gasabschaltung...
- Familienhärtefonds: € 90 Mio., 67.000 Förderfälle
  - Aufstockung um weitere € 50 Mio. im Jahr 2021
  - Für Familien in finanziellen Schwierigkeiten (bis max. € 1.200 im Monat je Familie)
- Rechtsanspruch auf Sonderbetreuungszeit: Einführung eines Rechtsanspruchs auf bis zu vier Wochen Sonderbetreuungszeit bis Ende des Schuljahres 2020/21. (z.B. wenn ein Kind aufgrund der Quarantäneanordnung die Wohnung nicht verlassen darf)

## **Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit**

- Weiterbildungsbonus während der Zeit der Arbeitslosigkeit in Höhe von € 180  
50.000 Personen profitieren bis Ende 2022
- Corona Arbeitsstiftung
  - Insgesamt 700 Mio. für Corona Job-Offensive inklusive Aus-und Weiterbildung für 100.000 Menschen vorgesehen. Budgetär sind 426 Mio. € für 2021 vorgesehen
- Lehrlingsbonus
  - Förderung der Aufnahme eines Lehrlings oder einer Lehrlingerin Bis zu € 3.000 pro Lehrverhältnis (einmalig)
  - Zusätzlich € 1.000 für Kleinstunternehmen bis 9 MitarbeiterInnen
  - Kosten bisher: € 54 Mio., 4.300 Lehrstellen gefördert
- Corona-Kurzarbeit – ein Erfolgsmodell: Die Corona-Kurzarbeit (Sozialpartnereinigung) wurde am Höhepunkt der Krise von 1,4 Mio Beschäftigten in Anspruch genommen.
- Homeoffice-Paket (PendlerInnenpauschale, Unfallversicherungsschutz)

- Budgeterhöhung Menschen mit Behinderung

Die massiven Auswirkungen durch COVID-19 auf Menschen mit Behinderung gilt es mit vereinten Kräften abzufedern – das Sozialministerium steht dabei in intensivem Austausch mit den Interessensverbänden. Die Bundesregierung hat zusätzliche Budgetmittel zur Verfügung gestellt. Maßnahmen wie das Arbeitsmarktpaket, mit dem die Lohnkostenzuschüsse aufgestockt wurden, konnten tausende Beschäftigungsverhältnisse sichern. Im kommenden Jahr sollen rund 25 Millionen Euro zusätzlich für berufliche Inklusion von Menschen mit Behinderungen aufgewendet werden, um den Mehrbedarf im Zusammenhang mit den Auswirkungen der Pandemie zu decken.

## **Neue Impulse in Bildung & Forschung**

- Das 100-Schulen-Programm wird demnächst starten: Gezielte Schulentwicklung und maßgeschneiderte Unterstützung an 100 Schulstandorten mit schwierigen Voraussetzungen. Damit sollen insbesondere sozial benachteiligte Kinder unterstützt werden: Durch mehr Personal, mehr Ressourcen und gezielter Förderung an den Schulen.
- Digitalisierungsoffensive, JEDES Kind, das in die 5. Schulstufe kommt, soll künftig einen Laptop oder ein Tablet erhalten (ab 2021/2022).
- Schulbau- und Sanierungsoffensive mit hohen Öko-Standards: 2,4 Milliarden für die Schulen bis 2030 durch den Schulentwicklungsplan der BIG. Damit wird mehr bauliche Qualität in den Schulen gewährleistet, mehr Schulraum geschaffen und ein wichtiger Klimaschutz-, Wirtschafts- und Beschäftigungsimpuls gesetzt.
- Erfolgsmodell Sommerschule: Aus der Corona-Krise entstanden, soll sie zur Dauereinrichtung werden. Kinder mit Förderbedarf starten mit Lernvorsprung ins neue Schuljahr. Die Sommerschule wird nächstes Jahr noch ausgebaut.
- Ausbildungsoffensive Elementarpädagogik: das Land braucht viel mehr KindergartenpädagogInnen. Wir bringen fünf neue Kolleg-Standorte auf Schiene; ein Beirat wurde dafür im Bildungsministerium eingerichtet.
- Supportpersonal für die Schulen: Mit AMS-Förderung entstehen 1.000 neue Jobs für Administrationskräfte.
- Unimilliarde: 1,2 Milliarden mehr für Universitäten. Mit einem Plus von knapp 1,2 Mrd. € für die Jahre 2022 bis 2024 steigen die Mittel für die Universitäten um etwas mehr als zehn Prozent. Damit sind neue Schwerpunkte möglich (etwa in den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik sowie Medizin). Von 2019 bis Ende kommenden Jahres werden die Unis rund 1.000 zusätzliche Wissenschaftler\*innen, darunter 370 Professor\*innen, neu einstellen.
- Forschungsfinanzierungsgesetz schafft stabile Finanzierung: Wir haben im vergangenen Jahr mit einem neuen Forschungsfinanzierungsgesetz für eine stabile Finanzierung gesorgt und die ersten Schwerpunkte für den Klimaschutz festgelegt.
- Mit dem Hochschulrechts-Reformpaket wird das Hochschulrecht neu gestaltet. Die Privatuniversitäten werden in Privathochschulen und -unis unterteilt.

## **Deutliche Erhöhung des Frauenbudgets**

Viele Jahre stagnierten die Mittel für das Frauenressort, oder gab es sogar Kürzungen. Dies wurde nun signifikant geändert.

- Budgeterhöhung Frauenressort. Bereits für das Jahr 2020 wurde das Budget erstmals seit zehn Jahren deutlich gesteigert, das Budget für 2021 wurde nun ein weiteres Mal erhöht. 2021 sind 2,5 Millionen € mehr vorgesehen, das Budget erhöht sich damit auf 14,65 Millionen. Dies entspricht seit 2019 eine Steigerung um 43%. Die Schwerpunkte liegen dabei auf dem Gewaltschutz sowie auf der Umsetzung der lang geforderten Zeitverwendungsstudie.
- Gesenkte Umsatzsteuer auf Damenhygiene-Artikel von 20 auf 10 Prozent. Damenhygiene-Produkte sind Produkte des Grundbedarfs. Dementsprechend war es der Regierung wichtig, eine Anpassung des Umsatzsteuersatzes vorzunehmen und Mädchen und Frauen in der Anschaffung dieser Produkte finanziell zu entlasten.

### **Startschuss für die Pflegereform und Jobschwerpunkt Pflege**

- Pflegereform: Dialogtour, österreichweit angelegter Dialogprozess, verschiedene Schwerpunkte in den einzelnen Bundesländern und Umsetzung eines digitalen Beteiligungsprozesses im Sommer 2020. An oberster Stelle: Maßnahmen, wie der Personalbedarf in den nächsten Jahren gedeckt werden kann, Entlastung für Pflegende Angehörige, Demenzstrategie ausrollen, Qualität in der 24h-Betreuung sichern, neue innovative Pilotprojekte implementieren wie z.B. Community Nurse und Pflegefreier Tag.

Ausbildung und Schaffung neuer Pflegejobs: die Schließung der drohenden Personallücke im Pflegebereich ist eine der größten Herausforderungen. Durch Umschulungs- und Qualifizierungsmaßnahmen wird hier ein Schwerpunkt gelegt. Rund 10.000 Menschen konnten heuer für eine Schulung im Pflegebereich gewonnen werden. 7.000 zusätzliche Ausbildungsplätze für die Ausbildung zu Heimhilfe und Pflegeassistenten und zum anderen für die Ausbildung zum Diplomsozialbetreuer wurden geschaffen

### **Gestärkte, unabhängige Justiz**

Vor Start der Regierung hatte der damalige Justizminister Jabloner vom stillen Tod der Justiz gesprochen. Sie wurde jahrelang budgetär ausgetrocknet. Wir haben dafür gesorgt, dass das Justizbudget massiv aufgestockt wird und die Unabhängigkeit der Justiz gestärkt wird. Damit haben wir die Lage der Justiz deutlich verbessert:

- Deutliche Budgeterhöhung 2020 (+131 Mio. €) & 2021 (+66 Mio. €)
  - Personalaufstockungen bei Gerichten und Staatsanwaltschaften
  - Personaloffensive im Strafvollzug mit 300 zusätzlichen Stellen
  - Ausbau des Maßnahmenvollzugs um 100 Plätze
  - Mehr Geld für: Bewährungshilfe, Opferschutz, Datenschutz und Digitalisierung.
- Unabhängigkeit strukturell gestärkt. Innere „Gewaltenteilung“ im Justizministerium. Strafrechtssektion geteilt in „Straflegistik“ und „Einzelstrafsachen“
- Paket gegen „Hass im Netz“: Damit bekommen Mobbingopfer ab nächstem Jahr ein unbürokratisches Werkzeug gegen Peiniger.
  - Betroffene von Gewalt und Hass im Netz kommen schneller kostengünstiger zu ihrem Recht
  - Meinungsfreiheit wird geschützt
  - Plattformen und Täter werden stärker in die Pflicht genommen

- Unabhängige und professionelle Rechtsberatung bei Asylverfahren: Reform der Bundesbetreuungsagentur (BBU) und Asylrechtsberatung unabhängig gestellt
- Start von JustizOnline, dem neuen digitalen Zugang zu den Gerichten und Staatsanwaltschaften
- Ausbau des Gewaltschutzes

### **Kunst/Kultur: ein Hilfsnetz gegen die Krise und deutliche Budgeterhöhung**

Die Corona-Krise betrifft die Kunst- und Kulturbranche in sehr hohem Maße. Einerseits sind viele durch die Schließungen unmittelbar bedroht, zugleich haben viele Kunstschaaffende neue Wege gefunden, Kunst und Kultur zu ermöglichen und damit die gerade in Krisenzeiten zur wichtigen künstlerischen Auseinandersetzung beigetragen. Insgesamt hat die Bundesregierung rund 220 Mio. Euro für die Pandemiebewältigung im Kulturbereich in die Hand genommen – und das OHNE Berücksichtigung der breiten Wirtschaftshilfen wie Umsatzerersatz, Fixkostenzuschuss oder Kurzarbeit.

Wir haben ein Hilfsnetz aufgespannt, das sich international sehen lassen kann. Es wurde ein intensiver Dialog mit den unterschiedlichen Kunst- und Kulturakteuren bzw. VertreterInnen der Branche geführt und die Zusammenarbeit mit den Bundesländern maßgeblich gestärkt.

- Kunst- und Kulturbudget: Größte Budgeterhöhung der letzten Jahrzehnte: von 466 auf 496,1 Mio Euro – ein Plus von 30 Mio. EUR
  - Wir gestalten und investieren in die Zukunft der Kulturbranche in Österreich
    - Investitionen in die Kunstförderung (Freie Szene, Film, Literatur, Stipendien etc.)
    - Investitionen in Großbauprojekte: Sanierung Festspielhäuser, Salzburger Festspiele und Bregenzer Festspiele
    - Investitionen in langjährige kulturpolitische Baustellen (Wiener Privattheater, Ateliers, Filmerbe etc.)
    - Digitalisierungsmaßnahmen/Verbesserte Nutzung neuer Technologien in den Bereichen der Produktion, Vermittlung und Archivierung (2020: 1,1 Mio. EUR; Call 2021: 1,25 Mio. EUR)
    - Ökologische Nachhaltigkeit – Start mehrere Programme für Ökologisierungmaßnahmen in Kunst und Kultur (Green Filming, Erarbeitung Umweltzeichen Bundestheater, Stipendien für nachhaltiges Modedesign)
- Soziale Nachhaltigkeit: Beginn Projekt zur Entwicklung einer „Kulturstrategie Fair Pay“ und einer eigenen Ombudsstelle für Fairness und Gleichstellung im Kulturbetrieb
- Gesetzliche Absicherung der Finanzierung der Israelitische Kultusgemeinde

### **Erfolgsmodell NPO Fonds**

Der vom BMKÖS in Zusammenarbeit mit den betroffenen gemeinnützigen Organisationen entwickelte NPO-Fonds ist ein auch international vielbeachtetes Erfolgsmodell für gezielte und weitgehende Unterstützung für Non-Profit-Organisationen. Mit dem mit 700 Mio. Euro dotierten NPO-Unterstützungsfonds hat die Bundesregierung erstmals ein umfassendes Sicherungsinstrument für den gesamten gemeinnützigen Sektor geschaffen. Im Budget 2021 sind weitere 250 Mio. Euro vorgesehen. Die Einrichtung des NPO-Fonds sowie der intensivierte Dialog der Bundesregierung mit der Zivilgesellschaft führte auch dazu, dass

Österreich im internationalen Zivilgesellschaftsrating auf die höchste Stufe ("offen") gesetzt wurde. Vor zwei Jahren noch wurde Österreich wegen Einschränkungen der Zivilgesellschaft herabgestuft.

## Medien

- Corona Hilfsmaßnahmen
  - Umsatzsteuersenkung auf 5% u.a. für Bücher, Broschüren, Drucke, Zeitungen, Zeitschriften.
  - Medien-Hilfspaket: In Folge des Medienhilfspakets, mit dem eine Sonderförderung für Tageszeitungen in Höhe von rund 9,7 Millionen Euro beschlossen wurde, wurde auch die Vertriebsförderung für Tages- und Wochenzeitungen auf rund 9,7 Millionen Euro erhöht. Im Bereich des kommerziellen Privatrundfunks wurden zusätzlich 15 Millionen Euro und für den nicht kommerziellen Privatrundfunk zwei Millionen Euro zur Verfügung gestellt.
- Audiovisuelles Mediengesetz, u.a.
  - Verbesserung der Barrierefreiheit von Fernseh- und Videoinhalten
  - Stärkung des Jugendschutzes für Inhalte auf Video-sharing Plattformen und Abrufdiensten
  - Stärkung europäischer Inhalte online
  - Fairer Wettbewerb zwischen Fernsehanbietern und Video-Sharing-Plattformen
- Verdoppelung des Volksgruppenbudgets.

## Sport: europaweit einzigartige Corona Hilfsmaßnahmen und mehr Mittel

Der Sport ist stark von der Krise betroffen, erfüllt aber sowohl im Spitzensport als auch im Breitensport eine wichtige Funktion. Trotz der Einschränkungen konnte im Sinne der physischen und psychischen Gesundheit sportliche Aktivität ermöglicht werden.

- Europaweit einzigartige Corona-Hilfsmaßnahmen für den Amateursport (NPO-Fonds) und Spitzensport (Sportligenfonds)
- 10,8 Mio. Euro mehr für den Sport im Budget 2021, deutlich mehr Mittel für Inklusion, Integration, Gleichstellungs-, Frauensport-, aber auch für Technologieprojekte
- 2 Großprojekte zur Entwicklung des Frauensports: Strukturpaket Frauenligen (ca. 1,5 Mio./Jahr, um den Professionalisierungsgrad in den Teamsportarten zu erhöhen), Gender Traineeprogramm (vierjährige Ausbildung von 15 Sportwissenschaftlerinnen pro Jahr zu hoch qualifizierten Trainerinnen in den Nachwuchskompetenzzentren und Schul-Spezialmodellen)
- Neues Anti-Doping-Bundesgesetz, das Whistleblower schützt, DNA-Spuren und Fingerabdrücke als Beweismittel zulässt, stärker zwischen Spitzen- und FreizeitsportlerInnen differenziert und so eine effizientere und treffsicherere Anti-Doping-Arbeit ermöglicht
- Beginn der Implementierung einer Frauenquote in den Gremien des Sports, z.B. Aufsichtsrat Bundes-Sport- und Freizeiteinrichtungen, Kommissionen der NADA, Kommissionen der BSG (jener Teil, den das BMKÖS entsendet/ab Dezember)



## Weiterentwicklung im Öffentlichen Dienst

Der Öffentliche Dienst mit seinen 226.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Bund hat in vielerlei Hinsicht eine Vorbildwirkung, sowohl was die Aufgabe der öffentlichen Verwaltung in herausfordernden Zeiten betrifft, als auch die strukturelle Weiterentwicklung.

- Dienstrechtliche Verbesserungen durch eine umfassende Dienstrechtsnovelle, insbesondere im Bereich Familienfreundlichkeit (Verlängerung Papamonat, mehr Geld für werdende Mütter durch Einbeziehung von Nebengebühren in Mutterschutz, insbesondere relevant für Polizistinnen; Zusätzliche 2. Woche Pflegefreistellung für behinderte Kinder)
- Digitalisierung trägt zu funktionierender Verwaltung in der Krise bei: Digitalisierungsschub durch Krise; Home Office gut möglich weil hoher Digitalisierungsgrad; weitere Flexibilisierung im Dienstrecht zur Tele-Arbeit
- Gestiegener Frauenanteil (aktuell: 42,5%) – insbesondere im Bereich der Führungskräfte (36,2% - seit 2006 um 8,2% gestiegen)
- 1,45% Gehaltserhöhung – Inflation abgeglichen
- Verwaltungsreform - Einrichtung (1.8.2020) und Aufnahme Dienstbetrieb (1.10.2020) der Bundesdisziplinarbehörde. Disziplinarwesen des Bundes wird auf Basis einer RH-Empfehlung effizienter, professioneller und treffsicherer.
- Verhaltenskodex und E-Learning Programm zur Korruptionsprävention. Die öffentlich Bediensteten aller Ressorts und Gebietskörperschaften finden im überarbeiteten Kodex praxisnahe Anleitungen, anschauliche Beispiele und Checklisten, wie sie u.a. mit Bestechungsversuchen, Geschenken und Einladungen umgehen sollen. Neu ist ein flächendeckend und flexibel einsetzbares E-Learning-Programm.

## Europapolitische und internationale Initiativen: mehr Ambition und mehr Mittel für Klimaschutz, Kooperation und Hilfe vor Ort

Ein **Wiederaufbaufonds** im Umfang von 750 Mrd Euro der mit gemeinsamen Anleihen – 37 % davon als grüne Anleihen - Geld aufnimmt, durch gemeinsame Einnahmen wie einer europäischen Plastikabgabe, einem CO2-Grenzausgleichsmechanismus, der Ausweitung des ETS-Handels, oder einer Finanztransaktionssteuer finanziert wird und dessen Investitionen zu einem Drittel in Klimainvestitionen fließen.

- Ambitioniertere EU-Klimaziele bis 2030: eine Erhöhung von 40 % auf mindestens 55 % der THG. Österreich hat eine Ambitionssteigerung der EU-Klimaziele unterstützt.
- Vervierfachung der Mittel für humanitäre Hilfe durch den Auslandskatastrophenfonds  
Der Auslandskatastrophenfonds für Krisenregionen in Syrien, Libanon etc. wurde vervierfacht und auf bis zu 60 Millionen Euro aufgestockt
- Vervierfachung des Mitgliedbeitrages für den UNHCR
- Verfünffachung des österreichischen Beitrags für den UN Klimafonds (Green Climate Fund): Insgesamt stehen damit 130 Millionen Euro für die Periode von 2019 bis 2023 zur Verfügung - eine Verfünffachung gegenüber dem Beitrag von 26 Mio. Euro in der vergangenen Periode.
- Mehr Geld für Entwicklungszusammenarbeit: Nachdem bereits im Jahr 2020 eine Steigerung erfolgte, werden 2021 die Mittel nochmals um 10,7 Mio auf 125 Mio € erhöht.